

Robert Philipps, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969, Nomos Verlag, Baden-Baden 2012, 499 S., brosch., 89,00 €.

Die Zeitgeschichtsforschung charakterisiert die 1960er Jahre gemeinhin als „dynamische Zeiten“ (Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers), in denen sich tiefgreifende soziokulturelle, politisch-ideelle und mentale Wandlungsprozesse Bahn brachen. Verschiedene Untersuchungen beschäftigen sich unter den Schlagworten „Demokratisierung“, „Liberalisierung“, „Modernisierung“ und „Westerisierung“ mit den „langen 1960er Jahren“. Auch die Historisierung des „magischen Datums 1968“ (Wolfgang Kraushaar) ist im Zuge seiner Einbettung in diese längerfristigen historischen Transformationsprozesse gut vorangeschritten. Die Parteiengeschichte der SPD in den 1960er Jahren ist ebenfalls umfassend erforscht. Mit den Studien von Kurt Klotzbach und Klaus Schönhoven liegen zwei Standardwerke vor, die „Westerisierung“ der SPD sowie die damit verbundene „Godesberger Wende“ sind weitgehend bearbeitet und zur Geschichte der Jungsozialisten und des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) sind mehrere Spezialstudien geschrieben worden. Bislang fehlte jedoch eine systematische Aufarbeitung der Auswirkungen der tiefgreifenden Wandlungsprozesse der 1960er Jahre, die in den eruptiven Ereignissen des Jahres 1968 ihren Ausdruck fanden, auf die deutsche Sozialdemokratie.

Diesem Zusammenhang widmet sich Robert Philipps in seiner Studie „Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969“. Dabei handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der Dissertation des Verfassers, die 2010 an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen wurde. Der Frage nachgehend, wie sich die SPD und ihre Jugendorganisationen, die Jungsozialisten und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), im Zusammenhang mit dem soziokulturellen Wandel und dem Aufkommen der 68er-Bewegung veränderten, gelingt Philipps die Verbindung zwischen Parteigeschichte der SPD und historisch-empirischer Wirkungsgeschichte von „1968“. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse des programmatisch-ideellen Wandels der deutschen Sozialdemokratie im Zuge politikultureller Veränderungen, während die sozialen Verschiebungen der Mitgliederstruktur der SPD nur beiläufig eine Rolle spielen.

Nach einer Betrachtung des programmatisch-ideellen Neuorientierungsprozesses im Zuge der Godesberger Wende analysiert die Studie die Veränderungsimpulse in der SPD in zwei chronologisch strukturierten Blöcken, zuerst in den Jahren 1959 bis 1966, dann von 1967 bis 1969, bevor sich das abschließende Kapitel mit den konkreten Einflüssen der 68er-Bewegung auf die programmatische Entwicklung der SPD in den späten 1960er Jahren befasst. Auf die Heterogenität „einer Art ‚Jugendbewegung‘“ abhebend, definiert Philipps die 68er-Bewegung als eine „breite, generationell geprägte Bewegung, die über den Kern der radikalen Aktivisten hinausgeht“ (S. 25). Dennoch einten Aktivisten wie Sympathisanten gemeinsame grundlegende Wertüberzeugungen, politische Zielvorstellungen und kulturelle Ausdrucksformen, die die Sozialdemokratie herausfordern und schließlich verändern sollten.

Mit der Abkehr von marxistischen Positionen bildete das Godesberger Programm von 1959 den vorläufigen Höhepunkt eines ideellen Neubesinnungsprozesses der deutschen Sozialdemokratie. Die SPD hatte sich zu einer reformorientierten linken Volkspartei entwickelt. Diesen programmatischen Kurswechsel konkretisierte die SPD seit Beginn der 1960er Jahre in der sogenannten Gemeinsamkeitspolitik, die darauf abzielte, ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition zu erreichen. In diesem grundlegenden Kurswechsel wurde die SPD nun von einer „Neuen Linken“ herausgefordert, die auf der Grundlage einer neomarxistisch-kulturrevolutionären Theorie auf die Überwindung autoritärer Strukturen und Verhaltensweisen gerichtet war. Der von der Neuen Linken formulierte Vorwurf, die SPD sei seit dem in Godesberg festgeschriebenen Parteikurs einer systemimmanenten, pragmatisch orientierten Politik kein Faktor der emanzipatorischen Gesellschafts-

veränderung mehr, bildete einen Hauptkritikpunkt der Neuen Linken im Verhältnis zur Sozialdemokratie (vgl. S. 64).

In der Logik dieses Konflikts lag dann auch die Gründung des SHB, der sich im Mai 1960 von dem sich politisch radikalisierenden SDS abgespalten hatte. Für die ersten Jahre nach der Gründung des Sozialistischen Hochschulbunds zeichnet Philipps das Bild einer dezidiert antikommunistischen, prowestlichen und nationalen Ausrichtung. Der Führungszirkel um den ersten Vorsitzenden Jürgen Maruhn bestand aus typischen Vertretern der „45er-Generation“, die sich betont ideologieskeptisch und pragmatisch gaben, ein gutes Verhältnis zur SPD-Führung pflegten und sich als Gegenentwurf zur Neuen Linken im SDS verstanden. Diese Haltung kam etwa in den „Richtlinien für Ostkontakte“ oder den „Hannoveraner Leitsätzen“ zum Ausdruck (vgl. S. 96). Im Zuge des tiefgreifenden Werte- und politikulturellen Wandels der 1960er Jahre und des damit einhergehenden Politisierungsschubs, der zunächst die jüngeren Altersgruppen erfasste, änderte sich das Politikverständnis auch im SHB grundlegend: In der Ost- und Deutschlandpolitik war der Sozialistische Hochschulbund der Partei jetzt „stets einen Schritt voraus“ (S. 116), in den Auseinandersetzungen um den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze vertrat der SHB bald von der SPD-Führung abweichende Haltungen, im Verhältnis zum SDS kam es zu Solidaritätsbekundungen, gemeinsamen politischen Aktionen und persönlichen Kontakten. Das Verhältnis zur SPD war spätestens seit 1964 konfliktbelastet. Während der SHB die innerparteiliche „Geschlossenheitsideologie“ (S. 138) kritisierte und mehr Freiraum für kontroverse Debatten in der SPD einforderte, erwartete die Partei innerparteiliche Loyalität und reagierte teilweise scharf, indem sie die Reduzierung der Finanzhilfen an den SHB oder sogar den Abbruch der Beziehungen in Erwägung zog. Gleichwohl betont Philipps die Unterschiede zwischen SHB und einem sich weiter radikalisierenden SDS bis zum Jahr 1966. Neomarxistische, der Kritischen Theorie entlehnten Deutungsmuster waren im SHB in diesem Zeitraum nicht vorherrschend, radikal-antiautoritäre Aktionen wurden abgelehnt.

Ein ausgesprochen distanziertes Verhältnis zur Neuen Linken und zur anbrechenden 68er-Bewegung hatten die Jungsozialisten zu Beginn der 1960er Jahre. In ihrem Selbstverständnis unterschieden sie sich kaum von der „brave[n]’ Parteiljugend“ (S. 168) der 1950er Jahre. Die Mehrheit der Jusos vertrat die Linie der Godesberger Parteireformer, die Parteiarbeit orientierte sich an der volksparteilichen und reformorientierten Ausrichtung der SPD. Eine frühe Ausnahme bildeten die Jungsozialisten aus dem traditionell linken Bezirk Hessen-Süd, deren Mitglieder die Wende von Godesberg stets kritisch gesehen hatten.

Eine wirklich gewichtige parteipolitische Herausforderung für die Sozialdemokratie stellte die 68er-Bewegung erst in ihrer eigentlichen Hochzeit der Jahre 1967 bis 1969 dar. Philipps macht deutlich, dass die Kritik der Außerparlamentarischen Opposition in diesen Jahren auch immer vehementer von der eigenen Parteiljugend vorgetragen wurde, „bis die Grenzen zwischen Außerparlamentarischer und innerparteilicher Opposition partiell verschwammen“ (S. 211). Erste Anzeichen dafür konnte man in den Auseinandersetzungen um die im Dezember 1966 gebildete Große Koalition erkennen. Obwohl der ideelle Bezug zum Neomarxismus sowohl bei den Jungsozialisten als auch im SHB noch überwiegend fehlte, bestand vor allem zwischen SHB und der Neuen Linken im SDS nun weitgehende Deckungsgleichheit der Ziele in vielen Politikbereichen.

Insgesamt stellt Philipps das Verhältnis zwischen der SPD-Führung und der sich ab 1967 radikalisierenden 68er-Bewegung als überaus ambivalent dar. Zunächst reagierte man mit Besonnenheit und Toleranz gegenüber der protestierenden jüngeren Generation. Im innerparteilichen Diskurs kristallisierte sich die Sichtweise einer im Kern emanzipatorischen, der Sozialdemokratie im Grunde nahestehenden Studentenbewegung heraus (vgl. S. 255). Es dominierten wohlwollende Beurteilungen der 68er-Bewegung und der selbstkritische Tenor, es mangle der Partei an visionärer Kraft und Reformwillen. Philipps konstatiert, „dass die Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung in der SPD einen Diskussionsprozess um die reformpolitische Ausrichtung und die langfristigen Ziele der Partei auszulösen begann“ (S. 281). Es seien dabei jene politischen Kräfte gestärkt worden, die die Partei stärker als linke gesellschaftspolitische Reformpartei ausrichten wollten. Vor allem die Parteilinke sah in der Außerparlamentarischen Opposition einen Verbündeten. Insofern, so Philipps, habe die APO einen Anteil daran, „dass in der SPD die innerparteilichen Auseinandersetzungen, der innerparteiliche Streit um die politi-

sche Ausrichtung wieder angefacht wurde“ (S. 333). Darin liegt auch Erklärungspotenzial für die programmatisch-ideelle Entwicklung der SPD in den 1970er Jahren.

Um die Jahreswende 1967/68 änderte sich die Haltung der SPD zur 68er-Bewegung. Angesichts andauernder gewalttätiger Auseinandersetzungen und Begegnungen von SPD-Spitzenpolitikern mit den Protestierenden mehrten sich die Argumente der Ablehnung, die auf den intoleranten Politikstil sowie auf die hedonistisch-postmaterialistischen Komponente von „1968“ abhoben. Der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Helmut Schmidt legte größten Wert auf Abgrenzung. Insbesondere die Vertreter des rechten Parteiflügels sahen im Verhalten der APO „Faschismus, wenn auch von links“ (Egon Franke). Der für die SPD verheerende Wahlausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April 1968, der auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der 68er-Bewegung zurückgeführt wurde, verstärkte diese Haltung weiter. Eindringlich wurde an die Geschlossenheit der Partei appelliert. Viele Vertreter des rechten Flügels warnten vor einer kommunistischen „Unterwanderung“ der Partei oder einer „Weimarisierung“ der Bundesrepublik. Im Hinblick auf die Frage, warum die Grenzen der Toleranz hier so deutlich hervortraten, hätte der dezidierte Verweis auf die große Kluft zwischen den konsensliberalen „Westernisierern“ der SPD und den re-ideologisierten Neu-Linken, von welcher beispielsweise die Schriften eines Richard Löwenthal zeugen, weiteres Erklärungspotenzial beinhaltet.

Der Hauptgrund für die Befürchtung einer kommunistischen Unterwanderung der SPD durch die APO lag, wie Philipps herausarbeitet, in der Entwicklung der Jungsozialisten zum „Transmissionsriemen zwischen APO und SPD“ in der Hochphase der 68er-Bewegung (S. 333ff.). Der Verband durchlebte ab Mitte der 1960er Jahre einen generationellen Umbruch. In der Einschätzung der politisch-gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik als „autoritär“, „verkrustet“ und „scheindemokratisch“ herrschte Übereinstimmung zwischen den jüngeren Jungsozialisten und der Außerparlamentarischen Opposition. Anzeichen dieser Entwicklung waren der Mainzer Bundeskongress von 1968 sowie das „Haushammer Manifest“, in dem sich die Jungsozialisten „als eine Art Sprachrohr der 68er-Bewegung präsentierten“ (S. 344). Insgesamt begann sich im Jahr 1968 jenes Selbstverständnis durchzusetzen, welches für die Jusos lange Zeit prägend sein sollte: Sie entwickelten sich spätestens ab 1969 zu einem „antikapitalistischen Richtungsverband in der SPD [...], der eine gezielte innerparteiliche ‚Fraktionsbildung‘ betrieb, um die SPD grundlegend zu verändern“ (S. 371). Philipps gelingt es allerdings nicht immer, die Bewegungsrichtungen der sich radikalierenden Jungsozialisten sauber auseinanderzuhalten: Handelte es sich bei der Wiederaufnahme des marxistischen Deutungsmusters der Bundesrepublik als Klassengesellschaft um „eine Rückbesinnung auf ein spezifisch sozialistisches Demokratieverständnis [...], das für die Sozialdemokratie insgesamt bis zur Godesberger Wende maßgeblich war“, wie Philipps konstatiert (S. 348), oder entstand durch den „überragenden“ Einfluss der 68er-Bewegung auf die ideelle und politikkulturelle Entwicklung der Jungsozialisten (S. 367) ein grundlegend neues Selbstverständnis bei den Jusos? Auch mit Blick auf die Entwicklung der Jungsozialisten in den 1970er Jahren spricht vieles dafür, dass – wie in der gesamten Außerparlamentarischen Opposition auch – traditionell-marxistische und antiautoritäre beziehungsweise neomarxistische Deutungsmuster nebeneinander existierten, miteinander konkurrierten oder punktuell verschwammen.

Die Unterschiede zwischen klassisch-marxistischen und antiautoritären Deutungsmustern klar herausarbeitend, gelangt Philipps zu einer überzeugenden Darstellung der Entwicklung des SHB in der Hochphase von „1968“. Grundsätzlich teilte der Sozialistische Hochschulbund die Auffassungen des SDS zur marktbeherrschenden Stellung des Springer-Konzerns, zur Notstandsgesetzgebung, zum Vietnamkrieg und zur Hochschulpolitik. Auch schälte sich innerhalb des Verbands ein revolutionärer Flügel heraus, der eher an neomarxistischen als an klassisch-marxistischen Ideen orientiert war und in einem problematischen Verhältnis zur liberal-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik stand. Demgegenüber entfaltete ab 1969 allerdings ein „traditionalistischer“ Flügel innerverbandliche Dominanz, der im Kampf gegen die Klassengesellschaft traditionell-marxistisch argumentierte, sich vom revolutionären Voluntarismus der Neuen Linken abgrenzend wieder der Arbeiterklasse zuwandte und deshalb weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeitnehmerschaft, auch der SPD, setzte (vgl. S. 400f.). Gerade deshalb kam es wohl bei allen Konflikten Ende der 1960er Jahre nicht zum endgültigen Bruch zwischen SHB und SPD.

Die 68er-Bewegung wurde schließlich zum „Katalysator der Reform- und Demokratisierungsbestrebungen der SPD“ (S. 420). Trotz der hervorbrechenden innerparteilichen Konflikte im Umfeld der Protestereignisse von 1968 profitierte die Sozialdemokratie vom politikulturellen Wandel der 1960er Jahre, weil es ihr gelang, sich zum „Anwalt der vielfältigen Demokratisierungs-, Modernisierungs- und Reformpostulate“ (S. 422) zu machen. Einen nicht geringen Anteil daran hatte Willy Brandt, der als Parteivorsitzender – wie Philipps betont – großen Wert darauf legte, den reformwilligen Teilen der 68er-Bewegung Offenheit und Gesprächsbereitschaft zu signalisieren (vgl. S. 322). Die Reformer in der Partei sahen sich durch breite, reformistisch eingestellte Teile der 68er-Bewegung in den eigenen Demokratisierungsbestrebungen gestärkt. In den „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“, ein ganz im Zeichen von Reform- und Machbarkeitsglauben stehendes Programmpapier aus dem Jahr 1968, sieht Philipps eine „direkte Antwort auf die Herausforderung der 68er-Bewegung“ (S. 426). Die Forderung der Studentenbewegung nach einer „Demokratisierung“ der Hochschule nahm die SPD auf und ließ sie in ihre hochschulpolitische Programmatik einfließen. In der Vietnamfrage setzte die SPD in Regierungsverantwortung auf eine vorsichtige Distanzierung von den USA. Gleichsam „wie ein Seismograph“ (Willy Brandt) befand sich die SPD damit auf der Höhe des Zeitgeists und wurde für jüngere Altersgruppen attraktiv.

Die gut strukturierte, gründlich recherchierte und quellengesättigte Studie von Robert Philipps hinterlässt einen positiven Eindruck. Für die Erklärung der innerparteilichen Auseinandersetzungen um Deutungshoheiten hätten diskurstheoretische Überlegungen nutzbar gemacht werden können, die in der Einleitung lediglich kurz angerissenen werden. Die Rolle der 68er-Bewegung in den innerparteilichen Auseinandersetzungen in den Mittelpunkt stellend, leistet die Studie insgesamt eine Neuperspektivierung der Parteigeschichte der SPD und der Entwicklung ihrer Jugendorganisationen ebenso wie einen Beitrag zur Wirkungsgeschichte von „1968“.

Peter Beule, Bonn

Zitierempfehlung:

Peter Beule: Rezension von: Robert Philipps, Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959–1969, Nomos Verlag, Baden-Baden 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81499>> [8.10.2013].